Die ver.di Branchenzeitung

www.verlage.verdi.de | www.druck.verdi.de | www.papier.verdi.de

DRUCK + PAPIER

Nr. 2 | April 2018 | Jahrgang 156

www.verdi-drupa.de

Grafik: werkzwei Detmold

Nichts soll mehr gelten

Was die Druck-Arbeitgeber vom Manteltarifvertrag halten

Kommentar von ANDREAS FRÖHLICH

Der Bundesverband Druck und Medien (bvdm) hat den Manteltarifvertrag für die Druckindustrie für Angestellte und gewerbliche Beschäftigte zum 30. September 2018 gekündigt und damit alles, wofür jahrzehntelang gekämpft wurde. Die Druckarbeitgeber wollen die Zuschläge für Wochenend- und Nachtarbeit massiv kürzen, die Arbeitszeit unbezahlt auf bis zu 40 Stunden pro Woche verlängern, die Maschinenbesetzung reduzieren und den Facharbeiterschutz kippen, die Erschwerniszulage für die Produktion von Zeitungen und Zeitschriften an Sonn- und Feiertagen streichen sowie Urlaubsgeld und Jahresleistung kürzen. Das wäre ein dreister Eingriff ins Portemonnaie der Beschäftigten.

Unsozial

Die Forderungen des bvdm sind unsozial und nicht akzeptabel. Sie treffen vor allem Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter. Wer Arbeitszeit verlängert und die Maschinenbesetzung senkt, nimmt in Kauf, dass es bald noch weniger Beschäftigte in den Druckereien gibt. Die ohnehin hohe Arbeitsbelastung und Leistungsverdichtung würde noch mal zunehmen. Länger arbeiten, Zuschläge und Urlaubs- und Weihnachtsgeld kürzen und dann über Facharbeitermangel jammern? Das passt nicht.

Nichts davon wird helfen, die Probleme in der Branche zu lösen. ver.di wird dagegen eigene Forderungen aufstellen. Dazu wird ganz sicher gehören, dass die Tarifverträge der Druckindustrie allgemein verbindlich werden, das heißt, dass sich auch bisher tariflose Betriebe daran halten müssen. Wir werden dafür kämpfen, dass der Manteltarifvertrag für die Druckindustrie ohne Verschlechterungen wieder in Kraft gesetzt wird, notfalls Betrieb für Betrieb. Wir raten allen Beschäftigten, bis spätestens 30. September Mitglied bei ver.di zu werden, um sich die Nachwirkung des Tarifvertrages ab 1. Oktober zu sichern und gemeinsam mit vielen organisierten Beschäftigten in die Tarifauseinandersetzung im Herbst zu gehen.

Eine der vier Kernforderungen des bvdm ist mit »Entrümpeln des Manteltarifvertrages« überschrieben. Entrümpelt werden unbrauchbare und wertlose Gegenstände, keine Tarifverträge. Das ist eine sprachliche Entgleisung, die eine geringe Wertschätzung gegenüber tariflich geschützter Arbeit zeigt. Mehr noch: Offensichtlich vertritt der bvdm vordringlich die Interessen der Arbeitgeber, die den Flächentarifvertrag als nutz- und wertlos erachten, namentlich der Unternehmen, die ohne Tarifbindung (OT) im Arbeitgeberverband Mitglied sind.

ver.di wird den notwendigen Widerstand gegen die Zumutungen der Arbeitgeber organisieren.

AUS DEM INHALT

Kein Geld für Betriebsrenten *Seite 3*

Wir bieten: befristete Jobs *Seiten 4 und 5*

Nicht jeder hat sechs Richtige *Seiten 8 und 9*

Erste Bilanz der Betriebsratswahlen *Seite 11*

Gutenberg: Erfinder der beweglichen Lettern *Seiten 12 und 13*

NÄCHSTE AUSGABE

Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint **im Juli 2018.**

EDITORIAL

Ich könnte mich zur #MeToo-Debatte äußern. Das haben schließlich fast alle getan. Oder zu Horst Seehofer und seinem Heimatministerium. Was nicht geht, ohne das Foto von den Männern wachzurufen, die da so stramm herumstanden. »Heimatmännchen« nennt sie der Journalist und Verleger Jakob Augstein. Und stellte fest: »Offenbar gehören Frauen auch nicht zu Deutschland.« Und ich stelle fest: Der ist besser im Kommentieren. Also überlasse ich ihm das Thema. Was eindeutig gegen den Trend geht. Denn der – also der Trend – marschiert mit großen Schritten zum Laientum. Gemeint sind jetzt nicht die lötenden Hobbybastler oder auf der Couch sitzende Fußballkommentatoren. Sondern die »Das kann ich doch auch!«-Überzeugten, die wohlgemut in den Fachgebieten anderer herumtapsen. »Hilfe, die Laien kommen«, schreibt die *Süddeutsche Zeitung*. Seit der Digitalisierung könne jeder mit ein paar Klicks vor sich hin dilettieren. Klick ein Foto, zack ein Text. Geht ganz easy!

Foto: privat

Professionalität ist offensichtlich aus der Mode gekommen. Sieht man an der neuen Bundesregierung. Der Finanzminister war vorher Erster Bürgermeister, aus dem Kanzleramtschef wird der Wirtschaftsminister, die Justizministerin leitete zuvor das Bundesfamilienministerium, deren Chefin vorher Bürgermeisterin in Berlin-Neukölln war. Entweder sind alle sehr begabt oder … man mag es nicht weiterdenken. Unser Leser muss nicht lange überlegen, womit er es bei uns zu tun hat. Wer da in DRUCK+PAPIER über Schriften schreibt (siehe Seite 15), hat einfach keine Ahnung. Sorry, das war ich. Fehler zugeben ist übrigens auch aus der Mode gekommen. Meine Bitte: Seid weiter aufmerksam und schreibt, was euch auffällt, missfällt und gefällt!

MICHAELA BÖHM

STRICHÄTZUNG

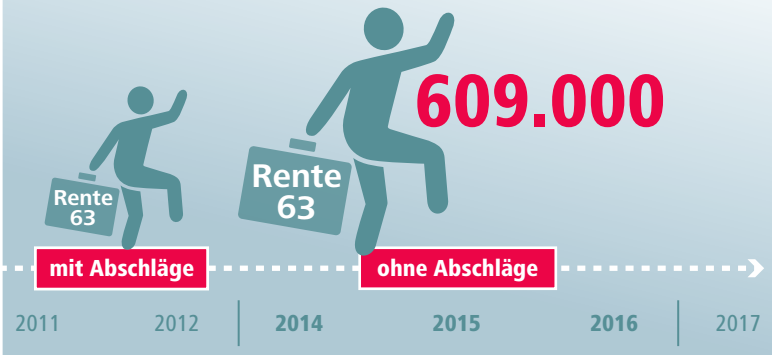
Illustration: Thomas Klefisch

Fundamentalistisches Weißwurst-Kalifat

Es ist wahrlich verwunderlich: In Osteuropa wollen sie nur 29 Jahre nach dem Mauerfall überall wieder ihre alten Grenzzäune hochziehen. Die Briten schossen sich selbst ohne Not aus der EU und verhandeln jetzt so, als hätte sich die EU von Großbritannien losgesagt. Je mehr die EU wächst, desto stärker werden die regionalen Separatisten: Die Schotten wollen raus aus Großbritannien, um in der EU zu bleiben – dürfen aber nicht. Die Katalanen wollen raus aus Spanien, dürfen aber nicht. Die Flamen wollen raus aus Belgien, die Südtiroler raus aus Italien, dürfen aber nicht. Nur aus Bayern hört man nichts. Dabei dürften die! Die CSU-Taliban, die am Alpenrand das fundamentalistische Weißwurst-Kalifat mit dem Neu-Kalifen Söder errichtet haben, stellen mit bundesweit gerade mal sechs Prozent Stimmenanteil drei Bundesminister, die sich nur um bayerische Interessen kümmern. Darunter Horst Seehofer, der bayerische Problembär mit Erwachsenen-ADHS und Borderline-Syndrom, als Minister für Abschiebung und Heimatfilme. Sein Vor-Vorgänger, Ex-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, forderte ja nach den Terror-Anschlägen von Paris die Video-Überwachung öffentlicher Plätze, um zu verhindern, »dass aus Selbstmord-Attentätern Wiederholungs-Täter werden.« Komplett ist das bajuwarische Deppen-Terzett natürlich nur mit dem geistigen Tiefflieger Alexander Dobrindt, der als Mautminister trotz Amtseid, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, nur Schaden durch das betrogene Diesel-Volk vom VW-Konzern abwendete. Mit christlich hat die CSU so viel zu tun wie ein Parkknöllchen mit Literatur. Zum Glück haben wir nur eine solche Regionalpartei in Deutschland. Stellt euch vor, es gäbe noch die Schwaben-Sozis, die Friesen-Front, die Meck-Pomm-Union oder die Rheinland-Rebellen – und jeder vertritt dann in Berlin nur die Interessen seiner kleinen Region. Wir brauchen Leute, die ans Ganze denken und nicht nur an sich. Allein schon deshalb: Vive l´Europe!

ROBERT GRIESS

MELDUNG HINTER DER ZAHL



Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/876, 22. Februar 2018; Deutsche Rentenversicherung. * 2014–2016

Grafik: werkzwei Detmold

… Menschen sind mit 63 ohne Abschläge in Rente gegangen. Für viele war das die Rettung: endlich raus aus dem Job. Auf Druck der Gewerkschaften hat die vorherige große Koalition entschieden, dass Beschäftigte mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen konnten, wenn sie 45 Jahre lang in die Rentenkasse einbezahlt hatten. Das haben in den ersten drei Jahren* rund 609.000 Menschen genutzt. Das sind doppelt so viele 63-Jährige wie in den Jahren zuvor – kein Wunder: Die mussten auch Abschläge hinnehmen. Allerdings ist die »Rente mit 63« ein Auslaufmodell. Weil die Altersgrenze mit jedem Jahrgang um zwei Monate steigt, wird aus der »Rente mit 63« schrittweise die »Rente mit 65«. Und die gab es für besonders langjährig Versicherte auch schon vorher.

ALTERSVORSORGE

Dreimal Nein zur Betriebsrente

Neues Gesetz bringt keine Verbesserung | Besser wäre die Stärkung der gesetzlichen Rente | FRIEDRICH SIEKMEIER

Ein dreifaches Nein, so lauteten die Antworten auf den meisten Fragebögen, die ver.di an Betriebsräte in Betrieben der Druckindustrie und der Papierverarbeitung verschickt hatte. Anlass war ein neues Gesetz, das Betriebsrenten fördern soll. Angesichts der aktuellen Nein-Antworten scheint das dringend notwendig.

Nicht mal ein Zuschuss

Nein kam auf die Frage, ob der Arbeitgeber für alle Beschäftigten – ohne Ausnahme – eine Betriebsrente finanziere. Ein Nein auf die Frage, ob der Arbeitgeber wenigstens einen Zuschuss für eine betriebliche Altersvorsorge leiste. Schließlich ein Nein, ob es zumindest andere Formen einer betrieblichen Altersvorsorge gebe. Und wo es kein Nein gab, gingen einzelne Regelungen selten über eine Altersvorsorge hinaus, die die Beschäftigten selbst bezahlen mussten.

Nur ausnahmsweise zahlt allein der Arbeitgeber Beiträge für eine Betriebsrente. Zum Beispiel C.H.Beck in Nördlingen: Je nach Gehaltsgruppe und Dauer der Betriebszugehörigkeit garantiert das Unternehmen seinen Beschäftigten eine Betriebsrente zwischen rund 126 und 260 Euro. Andere Unternehmen gewährleisten keinen Rentenbetrag, sondern nur die Beitragshöhe: Der Ravensburger Spieleverlag entrichtet monatlich zwischen knapp 71 und 141 Euro.

Kein Geschenk

Smurfit Kappa in Brühl bei Köln zahlt im Monat 50 Euro. Doch zufrieden ist Betriebsratsvorsitzender Uwe Knorr damit nicht: »Das ist kein Geschenk.« Zwar sei der Konzerntarifvertrag zur Altersvorsorge schon gut. »Aber – ganz ehrlich – lieber würde ich im Monat 150 oder 200 Euro mehr in die Rentenkasse einzahlen, um später eine bessere Rente zu erhalten.« Noch lieber wäre es Knorr, wenn er wöchentlich nur 35 Stunden arbeiten müsste. Denn der Tarifvertrag war 2013 der Preis dafür, dass die Smurfit-Kappa-Beschäftigten zwei Stunden länger arbeiten als im Manteltarifvertrag vereinbart.

Kritik am Gesetz

Auch Andreas Fröhlich, bei ver.di für die Papierverarbeitung und die Druckindustrie zuständig, hält viele Regelungen für zu kurz gesprungen. Denn es bleibe ein grundsätzliches Problem: »In den allermeisten Fällen führen die Regelungen nicht dazu, dass die Beschäftigten in der Rente ihren Lebensstandard erhalten können.« Daran ändert auch das zum 1. Januar 2018 in Kraft getretene neue Rentengesetz nichts. Danach könnten allenfalls bei den untersten Helfertarifen Arbeitgeber von staatlichen Zuschüssen profitieren (die für untere Lohngruppen bei einem Lohn bis zu 2.200 Euro im Monat zwischen 72 und 144 Euro betragen). »Die Bundesregierung hätte besser die gesetzliche Rente deutlich aufgewertet, statt weiterhin auf kapitalgedeckte Altersvorsorgesysteme zu setzen«, kritisiert Fröhlich das neue Gesetz.

> *»Die Bundesregierung hätte besser die gesetzliche Rente aufgewertet, statt weiterhin auf kapitalgedeckte Altersvorsorgesysteme zu setzen.«*
>
> Andreas Fröhlich, ver.di

HINTERGRUND

Neues Gesetz zu Betriebsrenten

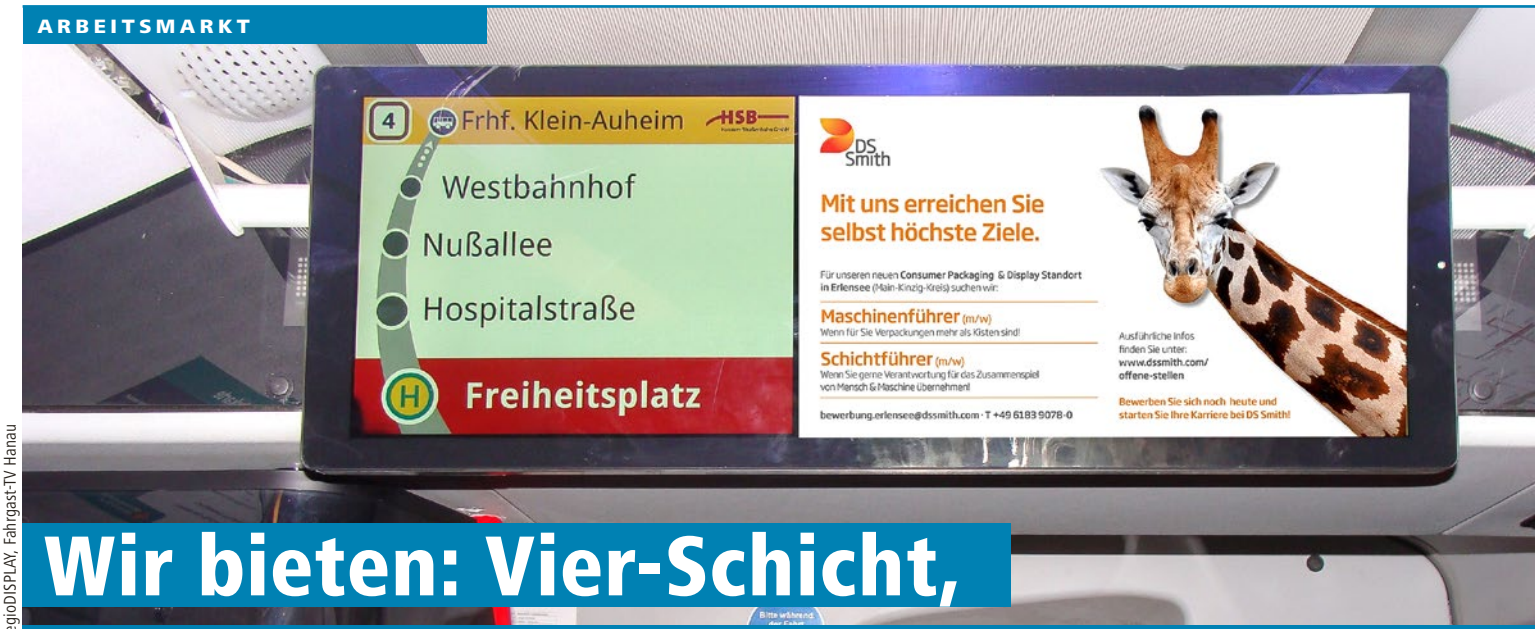
Die Begründung der vorigen großen Koalition für das sogenannte Betriebsrentenstärkungsgesetz hieß: »Betriebsrenten sind noch nicht ausreichend verbreitet.« Besonders »in kleinen Unternehmen und bei Beschäftigten mit niedrigem Einkommen bestehen Lücken.« Der Ausweg: Es sollen »neue Wege« gegangen werden. Der Arbeitgeber muss nicht mehr eine bestimmte Höhe für eine spätere Leistung zusagen, sondern nur noch die Höhe der (bezuschussten) Beiträge. »Das Kapitalanlagerisiko tragen damit allein die Beschäftigten«, kritisiert Rentenfachmann Johannes Steffen, Betreiber des Internetportals www.sozialpolitik-portal.de

Lauter Fehler

Bei einer allerdings nicht repräsentativen Überprüfung von über 1.000 Verträgen für Betriebsrenten stellte eine Beratungsgesellschaft fest, dass kaum eine Regelung ohne Fehler war. Nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Beschäftigte liefen Gefahr, Nachzahlungen leisten zu müssen.

Karikatur: Thomas Plaßmann

ARBEITSMARKT



Bildquelle: regioDISPLAY, Fahrgast-TV Hanau

Wir bieten: Vier-Schicht, unbezahlte Arbeit und befristete Jobs

Betriebe der Papierverarbeitung suchen Fachleute | Sie haben aber das Nachsehen gegenüber Metall- und Chemieunternehmen, die besser zahlen | Arbeitskräftemangel ist in vielen Betrieben hausgemacht | MICHAELA BÖHM

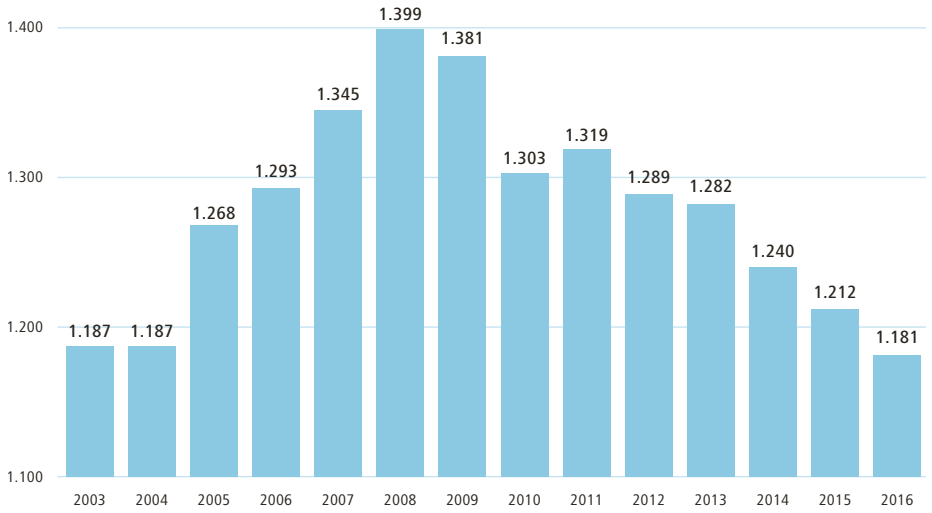
Letztes Knistern in der Chipstüte, Licht aus, Vorhang auf. Auf der Leinwand: ein Induktionsofen, gleißend hell. Dazu eine Stimme aus dem Off: »Wir sind schon 4.400 und jetzt brauchen wir dich.« Rasant wechseln die Bilder – von Werkstücken und Maschinen zu lächelnden jungen Menschen mit Schutzbrillen, alles lupenrein sauber. »Wir bieten dir sechs verschiedene Ausbildungsberufe, Tariflohn, 30 Tage Urlaub und eine Übernahmegarantie.«

Der Kinofilm beginnt und Michael Koch ärgert sich über den Werbefilm der Vacuumschmelze in Hanau. Die sucht Azubis, lockt mit Übernahme und wird vermutlich erfolgreich sein. Michael Koch ist Betriebsratsvorsitzender des Verpackungskonzerns DS Smith in Erlensee bei Hanau. DS Smith sucht auch Azubis. Wer übernommen wird, erhält einen Arbeitsvertrag – allerdings befristet auf ein Jahr. Das Mindeste aus dem Tarifvertrag. Nicht mehr.

»Das ist doch nicht attraktiv für die jungen Leute«, sagt der Betriebsratsvorsitzende. Er fürchtet, dass Schulabgänger ihren Ausbildungsvertrag lieber bei Heraeus, Evonik Industries oder der Vacuumschmelze unterschreiben. Hanauer Betriebe der Metall- und Chemieindustrie, die besser bezahlen, mit kürzeren Arbeitszeiten punkten und unbefristet einstellen.

DS Smith in Erlensee sucht nicht nur Auszubildende, sondern auch ausgebildete Packmitteltechnologen, Maschinenführer und Schichtführer. Und bietet: eine 38-Stunden-Woche, befristete Stellen und jede Menge Leiharbeitsjobs. Fast ein Drittel der 370 Arbeitsplätze ist von Leiharbeitskräften besetzt, die nach und nach fest übernommen werden sollen. Das hat der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung verabredet. Doch selbst Leiharbeiter erhalten bei Übernahme nur einen befristeten Vertrag – und damit eine weitere Probezeit.

Packmitteltechnolog/innen: So wenige Ausbildungsplätze wie 2003



Quelle: hpv. Bis 2010: nur Verpackungsmittelmechaniker

Leer gefegt – stimmt das?

»Firmen gehen die Mitarbeiter aus«, so lautet eine Überschrift im *Focus*. Journalist/innen, Politiker/innen und Wirtschaftsexperten reden von leer gefegten Arbeitsmärkten. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sei bedroht – wirklich so schlimm? Fragen wir die Bundesagentur für Arbeit: Fehlt es an Packmitteltechnologen? Die Antwort: Nein. Von einem bundesweiten Fachkräftemangel könne nicht gesprochen werden.

Vielleicht regional? DRUCK+PAPIER hat in 19 Betrieben quer durch die Republik nachgefragt – im wirtschaftlich starken Südwesten, in Metropolregionen, im Norden und in ländlichen Gebieten, bei den Konzernen und bei Familienbetrieben. Werden Arbeitskräfte gesucht? Und woran liegt es, wenn keine gefunden werden?

Das Ergebnis: Quer durchs Land gibt es freie Stellen in der Papierverarbeitung. Doch fast überall werden die Neuen nur befristet eingestellt – Ausnahmen gibt es lediglich für Führungskräfte sowie für Elektriker und Industriemechaniker, die so rar sind, dass

sie sich die Stellen mit den besten Konditionen aussuchen können. Befristungen und unbezahlte Arbeit gehören nicht dazu. Wie bei Lohmann-Koester im oberfränkischen Altendorf. Hier werden Verschlüsse für Windeln hergestellt. Es gilt ein Haustarifvertrag mit einer 38-Stunden-Woche, davon drei Stunden unbezahlt. Neue werden nur befristet eingestellt – erst ein Jahr, dann noch ein Jahr. Obwohl die Firma umzingelt ist von Metallbetrieben – das Robert-Bosch-Werk in Bamberg ist 15 Autominuten entfernt, das Schaeffler-Werk in Herzogenaurach eine halbe Stunde. »Die Firma hat kürzlich neun Fachkräfte an einen Folienhersteller in der Nähe verloren. Kollegen, die länger als zehn Jahre im Betrieb sind«, sagt Betriebsratsvorsitzender Alfred Bergmann. »Der zahlt mehr.«

Die atmende Fabrik

Papier verarbeitende Betriebe suchen händeringend Beschäftigte. Aber sie tun wenig, um den Arbeitsplatz attraktiv zu machen. Stattdessen bieten sie Bedingungen wie zu Zeiten, als sie Hunderte Bewerbungen auf eine freie Stelle erhielten, selbst auf mies bezahlte. »Unser Arbeitgeber glaubt noch immer, es sei eine Ehre, für ihn zu arbeiten«, berichtet ein Betriebsrat.

Mal ist die Probezeit sechs Monate lang, mal muss sich einer erst in Leiharbeit bewähren, bevor er eine befristete Stelle erhält, mal wird ein Maschinenführer nur in Lohngruppe 4 eingruppiert. Oder es gilt kein Tarif oder wie bei Smurfit Kappa eine 37-Stunden-Woche – davon nur 35 bezahlt, eine Stunde für die Altersvorsorge, eine unbezahlt. Manchmal haben Unternehmen auch einen schlechten Ruf. Weil der Arbeitsplatz unsicher ist, die Firma Dauer-Flexibilität von ihrer Belegschaft verlangt – stets hat die Produktion Vorrang. Das nennen sie dann atmende Fabrik.

Die kann man sich so vorstellen: Gibt es viele Aufträge, atmet das Unternehmen Leute ein; gehen die Aufträge zurück, atmet es sie aus. Auch DS Smith in Minden hat Luft geholt – und beim Ausatmen sechs befristet Beschäftigte ziehen lassen, darunter zwei in Minden ausgebildete Packmitteltechnologen. Die fehlen jetzt. Seit Wochen sind Stellen frei. Dennoch erhält jeder Neueingestellte wieder nur einen befristeten Arbeitsplatz. »Wenn ihr die Leute halten wollt, stellt sie fest ein.« Ein Satz, den Betriebsräte ständig wiederholen. Doch Geschäftsleitungen vor Ort beugen sich den Vorgaben aus den Konzernzentralen – ob DS Smith, Smurfit Kappa oder anderswo. Dort heißt es: befristet einstellen.

Nicht ausbilden, aber jammern

Auch Packmitteltechnologen werden gesucht, oft nicht gefunden und oft auch nicht ausgebildet. Die Ausbildungszahlen sind so niedrig wie 2003. »Die Betriebe bilden seit Jahren zu wenig aus«, kritisiert Burkhard Winterhoff, Betriebsratsvorsitzender bei MM Graphia in Bielefeld. Nun werde der Mangel an Fachkräften bejammert.

Was tun die Unternehmen? Viele tun nicht viel. Sie schalten Anzeigen, präsentieren sich auf Ausbildungsmessen und warten auf Bewerbungen. Einige wenige zahlen Prämien für jeden Neueingestellten, Fahrtkostenzuschüsse, Umzugsbeihilfen. Kaum ein Unternehmen tut, was nötig wäre: unbefristet einstellen, Probezeiten verkürzen, Schichtarbeit aufs Nötigste reduzieren und die Arbeitszeit für die Beschäftigten planbar machen. »Alles müsste attraktiver sein und es müsste vor allem über Tarif gezahlt werden«, sagt ein Betriebsrat.

Ganz wichtig: In der nächsten Tarifrunde im Herbst müssten höhere Löhne durchgesetzt werden. »Sonst bekommen wir keine guten Fachleute.« Denn bei den Bewerbern und Bewerberinnen macht sich ein neuer Trend bemerkbar: Sie fragten selbstbewusst nach Sozialleistungen, Sabbaticals, Homeoffice und Ferienbetreuung für Mitarbeiterkinder, sagt Peter Poppitz, Betriebsratsvorsitzender beim Ravensburger Spieleverlag. Dort in der Gegend sei die Arbeitslosenquote klein, die Konkurrenz an gut zahlenden Unternehmen groß. »Gute Facharbeiter können ihre Bedingungen diktieren.«

Die Konkurrenz zahlt mehr

Tarifentgelte 2018		
Metall*	20,46 €	
Chemie**	20,90 €	bis 31.7.18
Papierverarbeitung	16,90 €	bis 31.10.18

* Nordrhein-Westfalen, EG-9-Ecklohn
** Nordrhein und Westfalen, E-6-Ecklohn

Befristungen machen fügsam

Jonas F. schiebt die Entscheidung, mit seiner Freundin zusammenzuziehen, hinaus. Der Umzug in eine größere Wohnung, die höhere Miete – das ist ihm zu riskant. Denn sein Arbeitsvertrag ist nur befristet. Das geht nicht nur ihm so. 2,8 Millionen Beschäftigte haben nur befristete Verträge; das sind 1 Million mehr als vor 20 Jahren. Fast jede zweite Neueinstellung erfolgt befristet. Besonders betroffen sind junge Leute. »Der Chef muss doch schauen, ob einer was taugt«, sagt ein Betriebsrat. Irrtum. Dafür ist die Probezeit da. Tatsächlich nutzen Unternehmen befristete Verträge, um Beschäftigte schneller wieder loswerden zu können. Sie nutzen sie ebenso zur Disziplinierung, denn eine Befristung macht fügsam: Wer auf eine feste Übernahme hofft, macht klaglos Überstunden, geht krank zur Arbeit und traut sich nicht zu streiken. Grundlose Befristungen – die nicht der Vertretung für Elternzeit oder Krankheit dienen – sollten abgeschafft werden, fordern Gewerkschaften. Die große Koalition will sie stattdessen nur eindämmen.

VERANSTALTUNG

12. ver.di-DruckerTage

»Was ist dran am Fachkräftemangel?« – darum geht es auch bei den **12. ver.di-DruckerTagen** vom **22. bis 24. Juni im Bunten Haus in Bielefeld**.

Infos und Anmeldung unter www.bit.ly/12DruckerTage

Foto: privat

»Det is ja mal orijinell«

Gerade ist »NetzWerk« erschienen. So heißt der Newsletter, mit dem ver.di-Vertrauensleute in der Berliner Bundesdruckerei ihre Kollegen und Kolleginnen erreichen wollen. Mit »Rente muss reichen – auch für junge Beschäftigte« ist ein Thema gewählt, das alle angeht. Vertrauensfrau Nicole Weigand und ihre drei Redaktionsmitstreiter sind auf Reaktionen gespannt.

Es ist die jüngste Idee der ehrenamtlichen Arbeitsgruppe, die vor zwei Jahren entstanden ist. Aus dem einfachen Grund: »Wenn wir nichts tun, ist ver.di im Betrieb bald nicht mehr sichtbar«, erinnert sich Vertrauensmann Michael Schipfmann.

Das Plakat mit Gruppenfoto zur jüngsten Vertrauensleutewahl hängt jetzt an die 150 Mal im Betrieb – nicht zu übersehen. Man wollte auch die jungen Leute, Techniker und Ingenieure erreichen, die traditionell nicht so viel mit Gewerkschaft am Hut haben. Und ihnen zeigen, dass Tarife nicht vom Himmel fallen oder allein von den Druckern erstritten werden können. Dazu gestalteten die Aktiven ein Flugblatt. In der gleichen Bildsprache – einfach, aber auf den Punkt – entstanden weitere, etwa zu tariflichem Urlaub und Jahresleistung (Weihnachtsgeld). »Det is ja mal orijinell«, hieß es schon mal aus der Kollegenschaft. Und zu den offenen Mitgliederversammlungen sind alle eingeladen. Das kommt gut an. »Die Mitgliederzahl in der Bundesdruckerei wächst«, sagt Gewerkschaftssekretär Alfons Paus. Präsent sein, Kontakte knüpfen und mit vielen ins Gespräch kommen, sei das richtige Rezept. **neh**

AUS DEN BETRIEBEN

Streik für Tarifbindung

Jungfer-Druckerei: Viele Beschäftigte sind bei ver.di eingetreten | Ausstand stimmt Geschäftsleitung um | Erste Schritte zur Anerkennung der Tarifverträge | FRIEDRICH SIEKMEIER

97 Prozent Zustimmung! Die ver.di-Mitglieder bei Jungfer-Druck in Herzberg im Harz haben ihrer Tarifkommission grünes Licht gegeben, um die Tarifbindung wiederherzustellen.

Die Vorgeschichte: Elf Minusgrade zeigte das Thermometer an ihrem Streiktag. Doch unbeeindruckt von der Kälte gingen die Kolleginnen und Kollegen der Nachtschicht vors Tor. Ihr Ziel: Für Druckerei und Verlag die Tarifbindung zu erzwingen, nachdem die Geschäftsleitung vor 15 Jahren im Arbeitgeberverband in die OT-Mitgliedschaft gewechselt war, also eine Mitgliedschaft ohne Anerkennung von Tarifverträgen. »Uns ist es sehr ernst mit unserem Ziel«, berichtet Heidi Schmidt, jüngst wiedergewählte Betriebsratsvorsitzende. Deshalb lehnten die Streikenden ab, als die rasch herbeigerufene Geschäftsleitung anbot, aus der Kälte doch ins warme Atrium des Betriebes zu kommen – offenkundig mit dem Hintergedanken, so wenigstens einige Streikende auf ihre Seite ziehen zu können. Vergebens – der Betrieb stand still.

Versuchte Kündigungen

Bot die Geschäftsleitung während des Streiks noch was Warmes, so geht es sonst eher unterkühlt zu. Zur Jahreswende 2016/17 erhielt die Betriebsratsvorsitzende Heidi Schmidt während ihres Urlaubs gleich zwei Kündigungen. Doch das Arbeitsgericht Braunschweig wies die Kündigungsversuche eindeutig zurück. Und die Geschäftsleitung verzichtete auf den Gang zum Landesarbeitsgericht.

Die ver.di-Mitglieder diskutieren über die Verhandlungsergebnisse.

Aber die versuchten Kündigungen waren ein Signal für die Belegschaft. Der vorher nur diffus vorhandene Unmut führte schnell zur Gründung einer ver.di-Betriebsgruppe. Deren erstes Ziel: die Rückkehr zu den Flächentarifverträgen der Druckindustrie. Für dieses Ziel trommelten die Kolleginnen und Kollegen kräftig und konnten die Mitgliederbasis schließlich fast verdreifachen. Zwischendurch informierte die Gruppe regelmäßig über die Fortschritte der Organisierung – und bald hieß es auch: streikfähig! Hielt die Druckerei ver.di anfangs noch hin, zeigte sie sich nach dem Streik kompromissbereit.

Ergebnis: Grundsätzlich will Jungfer-Druck die Tarifverträge wieder anerkennen. Als Erstes werden alle 380 Beschäftigten in drei Schritten ihre Arbeitszeit auf 37,5 Wochenstunden verringern – und das bei vollem Lohnausgleich. Über diese Zwischenergebnisse haben im April alle ver.di-Mitglieder abgestimmt. Jetzt kann es in weiteren Verhandlungen mit Unterstützung der Belegschaft vorangehen bis zur Anerkennung aller wichtigen Tarifverträge.

Die ver.di-Mitglieder geben ihrer Tarifkommission grünes Licht zum Weitermachen.

Fotos (2): Christoph Mischke

AUS DEN BETRIEBEN

Dauernd vor Gericht

Foto: Frank Hellwig

Ellen Sandrock-Becker von ver.di begleitet die Kollegen vors Gericht.

Ellen Sandrock-Becker von ver.di (Foto) unterstützt die Belegschaft gegen die Wellpappenfabriken in Kassel | Die Firmenchefin versucht den Betriebsrat loszuwerden | Kündigung vom Kreuzfahrtschiff aus | JACQUELINE ENGELKE

Astrid Wilmes, der die Wellpappenfabriken Kassel-Warburg gehören, möchte den derzeitigen Betriebsrat im Kasseler Werk loswerden. Dieser schade dem Unternehmen, findet die Eigentümerin. Er stachle die Beschäftigten gegen sie auf und gefährde die Arbeitsplätze, erklärt sie gegenüber DRUCK+PAPIER. Sie hat allen drei Betriebsratsmitgliedern gekündigt, einem schon ein zweites Mal. Die erste Kündigung veranlasste sie von einer Kreuzfahrt im Indischen Ozean aus.

Die Firmenchefin, die öfter an Reitturnieren teilnimmt und die Fahrer auch mal anweist, Pferdemist vom Reiterhof mitzunehmen, beschäftigt seit einiger Zeit das Arbeitsgericht in Kassel – gleich mit mehreren Verfahren. »Da knirscht es im Gebälk«, stellte ein Arbeitsrichter fest. Besonders vor den Betriebsratswahlen, ergänzt ein Anwalt des Betriebsrats.

Betriebsrat wiedergewählt

Wilmes, die die Wellpappenfabriken vor 22 Jahren von ihrem Vater kaufte, will nicht nur diesen Betriebsrat loswerden, sondern versuchte auch, die Betriebsratswahlen zu verhindern. Sie wollte sowohl die Wahl 2018 als auch rückwirkend die Wahl 2014 vereiteln. Allerdings scheiterte sie damit vor dem Arbeitsgericht. Die Betriebsratswahlen fanden statt, der alte Betriebsrat wurde mit Mehrheit wiedergewählt. Der Betriebsrat hat sich schon im Herbst vergangenen Jahres an ver.di gewandt. Weil es dauernd Konflikte mit der Chefin gab und der Lohn so niedrig ist. Die Geschäftsführerin bezahlt nur etwas über neun Euro pro Stunde – knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn. Das sind mindestens vier Euro weniger als mit Tarifvertrag für die Papierverarbeitung. Danach müssten die Beschäftigten je nach Position zwischen 13,52 und 15,21 Euro bekommen.

Kranke um Lohn betrogen

Konflikte gibt es ständig. Und Astrid Wilmes drehe sich »die Rechtslage so, wie sie es sich vorstellt«, sagt Ellen Sandrock-Becker von ver.di. Beispiel: Im Dezember 2017 und Januar 2018 zahlte Wilmes einigen Beschäftigten, die krank waren, keinen Lohn mehr. Die Begründung: Sie könne nicht beurteilen, ob die Krankheit nicht selbst verschuldet sei. Die meisten Mitarbeiter teilten ihr nicht mit, woran sie erkrankt seien, schrieb Wilmes. Das ist deren gutes Recht: Krankheitsgründe müssen dem Arbeitgeber nicht mitgeteilt werden. ver.di hat den ausstehenden Lohn nachgefordert.

Nächstes Beispiel: Im November zahlte Wilmes den zweiten Teil des Urlaubsgeldes nicht. Begründung: Es habe gebrannt und die wirtschaftliche Situation sei schlecht. Schuld daran sei auch die schlechte Arbeitseinstellung einiger Mitarbeiter im Werk Kassel, findet die Chefin. Ärgerlich findet Ellen Sandrock-Becker von ver.di zudem, dass die Unternehmerin bei all dem noch der Meinung sei, sie würde viel für die Belegschaft tun.

Wer nicht klagt, bekommt Geld

Die Lage spitzte sich zu, als der Betriebsrat eine außerordentliche Betriebsversammlung einberief, um über die Prämie zu informieren, die sich die Chefin ausgedacht hatte. Wer sich innerhalb eines Monats nicht krank meldet und auch nicht gegen sie vors Gericht zieht oder das vorhat, soll Geld bekommen. Darüber wollte der Betriebsrat informieren. Sie habe nichts von der Betriebsversammlung gewusst, sagt die Chefin und forderte alle auf, an die Arbeit zurückzugehen. Weil das nicht passierte, bekamen die Beschäftigten eine Abmahnung und die drei Betriebsratsmitglieder eine außerordentliche Kündigung.

Nachdem eine gütliche Einigung gescheitert ist, wird das Arbeitsgericht Ende Mai über die Kündigungen entscheiden. Derweil knirscht es in den Kasseler Wellpappenfabriken weiter im Gebälk.

Nicht jeder hat sechs Richtige

Warum Ungleichheit größer geworden ist und wie hohe Löhne für Ausgleich sorgen können | MICHAELA BÖHM

Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut, sagt die Bundeskanzlerin oft. Stimmt das? Klar. Wenn man Manager ist, aus einer reichen Familie stammt oder im Lotto gewonnen hat.

Die meisten Menschen in Deutschland könnten nicht lange von ihren Rücklagen, Zinsen, Dividenden oder Mieteinnahmen leben. Sie haben keine. Eine Umfrage sagt: Zwei Drittel aller Haushalte haben nach wenigen Wochen oder Monaten alles aufgebraucht, was sie zurückgelegt haben. Reiche Haushalte können dagegen 20 Jahre lang allein von ihrem Vermögen leben. Das ist Ungleichheit. Die gibt es nicht nur beim Vermögen, sondern auch beim Einkommen. Und wer kein Vermögen hat, ist umso dringender auf das Geld angewiesen, das man für seine Arbeit erhält.

Bald beginnen die Lohn-Tarifverhandlungen in der Druckindustrie und Papierverarbeitung. ver.di und die Belegschaften werden für mehr Lohn streiten und die Unternehmerverbände werden nichts hergeben wollen. Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern politisch gefördert. Forscher vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) kritisieren die Schwächung des Tarifsystems, die auch die Ungleichheit beim Einkommen verstärkt hat.

Wo kommt die Ungleichheit beim Einkommen her?

Abhängen

Nach der Wiedervereinigung 1990 ist es nicht gelungen, das Tarifsystem aus dem Westen in den Osten zu übertragen. In den neuen Bundesländern wickelte die Treuhand die Betriebe der DDR ab und Westunternehmer gründeten neue, tariflose. Viele Menschen wurden arbeitslos gemacht. Auf einmal gab es eine große Reserve an billigen Arbeitskräften.

Auslagern

Von den 1990er-Jahren an lagerten Unternehmen, Verwaltungen, Krankenhäuser ihre Kantinen und Küchen, Labore, Reinigung und Sicherheitsdienste an Fremdfirmen aus. Mehr und mehr Unternehmen folgten. Die Beschäftigten in den ausgelagerten Firmen erhalten einen niedrigeren Lohn als zuvor, die Kolleg/innen in den Stammbetrieben wurden zu Zugeständnissen gezwungen.

Konkurrieren

Die EU beschloss 2003, zehn Staaten aus dem Osten aufzunehmen (EU-Osterweiterung). Unternehmen in Deutschland beschäftigten daraufhin Menschen aus Polen, Slowenien, Tschechien oder der Slowakei am Bau, in der Landwirtschaft und Fleischindustrie und Pflege zu den niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen aus deren Heimatländern. Oder Industrie und Dienstleister verlagerten Produktionsstätten direkt in die neuen Niedriglohnländer.

Privatisieren

Einst öffentliche Dienstleistungen wurden profitorientierten Anbietern geöffnet. Das hat die EU-Kommission auf Initiative der meisten Mitgliedsländer europaweit in den 1990er-Jahren durchgesetzt. Die neuen Anbieter, die nicht an Tarifverträge gebunden waren, zahlten niedrigere Löhne, gewährten weniger Urlaub und hatten längere Arbeitszeiten – und konnten deshalb Produkte und Dienstleistungen billiger als tarifgebundene Unternehmen anbieten. Dadurch sank nicht nur die Tarifbindung, die zuvor etwa bei Bahn, Post, Telekommunikation, öffentlichem Nahverkehr und Müllabfuhr bei 100 Prozent gelegen hatte. Sondern Gewerkschaften mussten – auch in anderen Branchen – Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen zustimmen, um das Überleben der bisherigen Anbieter zu sichern.

Drohen

Die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) drohte den Gewerkschaften 2003 damit, das Günstigkeitsprinzip abzuschaffen, wenn sie keine Öffnungsklauseln in Tarifverträgen zuließen. Das Günstigkeitsprinzip sagt, dass bei konkurrierender tariflicher, betrieblicher oder arbeitsvertraglicher Regelung immer die für Beschäftigte günstigere Regelung angewendet werden muss. So wurden durch politischen Druck Öffnungsklauseln in Tarifverträgen möglich, die Verschlechterungen beinhalteten. Das hat in vielen Unternehmen zu dauerhaft niedrigen Löhnen geführt.

Erzwingen

Durch die Hartz-Gesetze müssen Arbeitslose seit den 2000er-Jahren auch Arbeit annehmen, die nicht ihrer Qualifikation entspricht und schlecht bezahlt ist. Auf die Weise wurden massenhaft Arbeitslose in Leiharbeit gezwungen.

Austesten

Die Unternehmen in den neuen Bundesländern machten die Erfahrung, dass sie ungestraft davonkommen, wenn sie keine Tarifverträge anwenden. Anders als in Frankreich, Belgien oder den Niederlanden sind in Deutschland Tarifverträge nicht in einer ganzen Branche gültig. Das System, keine Tarifverträge anzuwenden, wurde nach der Wende in die alten Bundesländer übertragen: Wo Gewerkschaften und Belegschaften schwach waren, galt fortan kein Tarifvertrag mehr. Unternehmerverbände ließen es außerdem zu, dass ein Unternehmer bei ihnen Mitglied sein konnte, ohne den Tarifvertrag anwenden zu müssen.

All das hat zur Folge, dass Menschen für einen Lohn arbeiten müssen, der nicht zum Leben reicht, dass weniger Beschäftigte in tarifgebundenen Betrieben arbeiten und befristete Jobs, Teilzeit und Leiharbeit nicht mehr die Ausnahme darstellen.

TARIF

INTERVIEW

»Das sind alles keine Naturgesetze«

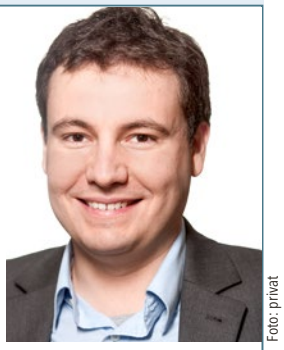


Foto: privat

Patrick Schreiner
promovierter Politikwissenschaftler, arbeitet im Bereich der Wirtschaftspolitik von ver.di in Berlin.

DRUCK+PAPIER: *Die einen haben viel Einkommen und Vermögen, die anderen wenig Einkommen und kein Vermögen. Sind im Koalitionsvertrag Absichten erkennbar, diese Ungleichheit ändern zu wollen?*
Patrick Schreiner: Nein. Vieles wird gar nicht thematisiert. Es wäre zum Beispiel notwendig, die Erbschaftsteuer zu erhöhen. Reiche Erben – insbesondere von Betriebsvermögen – werden in Deutschland geschont. Wir müssten zudem hohe Vermögen besteuern. Außerdem müsste der Einkommensteuersatz für Spitzenverdiener angehoben werden. Die Gewerkschaften fordern 49 Prozent statt heute 42 Prozent, allerdings erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 70.000 Euro. So wollen wir große Einkommen stärker belasten und kleine und mittlere Einkommen entlasten. All das würde helfen, Geld von oben nach unten umzuverteilen.

Wie passt der Soli da rein?
Den Solidaritätszuschlag ohne Gegenfinanzierung abzuschaffen, das entlastet überwiegend die Gutverdienenden. Gering- und Normalverdienende zahlen keinen oder nur wenig Soli. Die Koalition plant einen ersten Schritt in diese falsche Richtung.

Würde eine Umkehr in der Steuerpolitik ausreichen, für mehr Umverteilung zu sorgen?
Entscheidend ist die Umverteilung der Einkommen durch höhere Löhne und Gehälter. Dafür sind Tarifverträge das wichtigste Instrument. Leider erfassen sie immer weniger Beschäftigte und Betriebe. Wir brauchen daher mehr allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge.

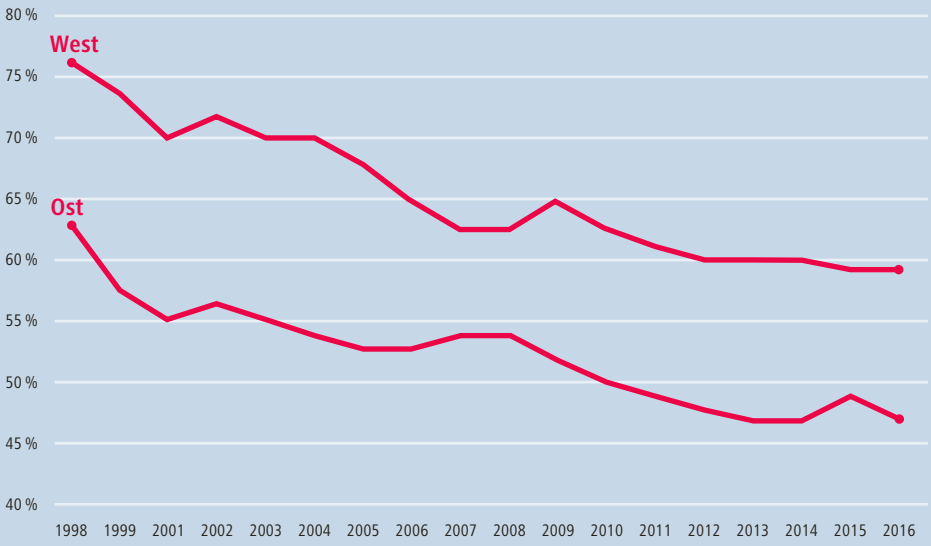
Aber das scheitert doch am Vetorecht der Arbeitgeber?
Das müsste abgeschafft werden. Es kann nicht sein, dass die Arbeitgeber mit einem Nein jeden Antrag abschmettern können. Übrigens oft gegen den Willen betroffener Unternehmen und Branchenverbände. Aber für eine Stärkung der Tarifbindung braucht es noch mehr: Es muss den Unternehmen erschwert werden, Betriebsteile auszugliedern, um sich der Tarifbindung zu entledigen. Und wir müssen die Beschäftigten stärker machen, denn was nimmt Menschen den Mut, sich in der Gewerkschaft zu engagieren, zu streiken, sich zu wehren? Wenn sie befristet beschäftigt sind, in Leiharbeit, in Minijobs. Oder wenn sie als Arbeitslose jeden Job annehmen müssen, weil sonst eine Bestrafung droht.

Und wie soll das geändert werden?
Das alles sind ja keine Naturgesetze. All das war politisch gewollt und kann auch wieder rückgängig gemacht werden. Allerdings müssen wir mit einem enormen Gegenwind von Wirtschaft, Politik und Medien rechnen.

Kann Tarifpolitik die ungleiche Verteilung korrigieren?
Ja klar. Ordentliche Lohnsteigerungen machen die Ungerechtigkeiten kleiner.

Wie viel muss erreicht werden?
Zunächst gilt es, die Preissteigerung auszugleichen und die Beschäftigten an den Produktivitätssteigerungen zu beteiligen – das macht 3 bis 3,5 Prozent für 12 Monate aus. Hinzu kommt eine Umverteilungskomponente. Das wäre wohlgemerkt nicht die Forderung, sondern das, was am Ende idealerweise rauskommt.

Ein Tarifvertrag gilt nur noch für jeden zweiten Beschäftigten



Die Tarifbindung ist von 1998 bis 2016 in Ost und West kontinuierlich gesunken.

Quelle: IAB-Betriebspanel

ZUM WEITERLESEN

Gerhard Bosch, Thorsten Kalina: Wachsende Ungleichheit in der Prosperität. Einkommensentwicklung 1984 bis 2015 in Deutschland. IAQ-Forschung, 3/2017.
www.bit.ly/IAQ-forsch

www.reichtum-umverteilen.de

LAUFZEITEN DER TARIFVERTRÄGE

Die Laufzeit des Lohntarifvertrags der Druckindustrie endet am 31. August 2018. Die Friedenspflicht einen Monat später. Erst danach kann gestreikt werden. Bei der Papierverarbeitung endet mit der Laufzeit des Lohntarifvertrags am 31. Oktober 2018 auch die Friedenspflicht. Die Tarifkommission der Druckindustrie wird im Juni und die der Papierverarbeitung im September darüber beraten, ob die Lohn-Tarifverträge gekündigt werden und – wenn ja – welche Lohnerhöhungen sie fordern.

MELDUNGEN

Als Kulturerbe anerkannt
Es sind vor allem bildende Künstler/innen, die traditionelle künstlerische Drucktechniken pflegen. Viele von ihnen besitzen Druckmaschinen, mit denen sie nicht nur eigene druckgrafische Werke anfertigen, sondern auch Technik und Wissen vermitteln, oft zusammen mit Museen, Vereinen oder Schulen, heißt es in der Pressemitteilung der Deutschen UNESCO-Kommission. Der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler hat sich mit dem Museum für Druckkunst in Leipzig erfolgreich darum beworben, dass die »künstlerischen Drucktechniken des Hochdrucks, Tiefdrucks, Flachdrucks, Durchdrucks und deren Mischformen« ins Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen werden.
www.bit.ly/2G5FpqZ

Kartellamt genehmigt Verkauf
Das Bundeskartellamt hat der Übernahme der Tageszeitungen *Frankfurter Rundschau* und *Frankfurter Neue Presse* durch die Ippen-Verlagsgruppe zugestimmt. Die Stiftung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hatte die beiden Zeitungen und die Societäts-Druckerei verkauft (siehe DRUCK+PAPIER 1/2018). Die Beschäftigten fordern die neuen Eigentümer auf, die Konditionen zum Kauf transparent zu machen und ihre Pläne offenzulegen. Kündigungen müssten ausgeschlossen und Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen eingehalten werden, erklärten sie auf einer Versammlung von ver.di.

AUS DEN BETRIEBEN

Verleger wollen es noch billiger

Zusteller-Betriebsrat der NW Logistik Bielefeld erstritt einen Sozialplan

Einigen Verlegern hat es nicht gereicht, dass die vorherige große Koalition beim gesetzlichen Mindestlohn eine Ausnahme gemacht hat. Sie hätten es gern noch billiger gehabt. Wie der Verlag der *Neuen Westfälischen* (100 Prozent SPD). Erster Akt: Die bisher separat verteilten Prospekte sollten in das neue Anzeigenblatt *Mein Samstag* eingelegt werden. Das hatte zur Folge, dass die Zusteller/innen der NW Logistik Bielefeld ab 2015 nur den abgesenkten Mindestlohn von 6,38 Euro erhielten.

Dagegen wehrte sich der Betriebsrat per einstweilige Verfügung. Mit Erfolg. Der Verlag musste den Zusteller/innen pro Exemplar 5,5 Cent mehr zahlen – etwa zweieinhalb Mal mehr als geplant (siehe D+P 1/2015). Das galt allerdings nur für Beschäftigte mit Altverträgen. Sie bekamen auch 25 Prozent Nachtzuschlag, sechs Wochen Urlaub und 40 Prozent Weihnachtsgeld.

Zweiter Akt: Hinter dem Rücken des Betriebsrates waren drei Billigtöchter samt arbeitgebernahen Betriebsräten installiert worden. Wer dort arbeitete, erhielt weniger Lohn, Urlaub und Zuschläge.

Als der angestammte Betriebsrat gerichtlich festgestellt haben wollte, dass es sich um einen gemeinsamen Zustellbetrieb handele, gründete die Geschäftsführung der Zeitung *Neue Westfälische* sogar eine vierte Gesellschaft neu. Das war der dritte Akt. In diese NW Zustellkoordination wurden zunächst alle Gebietsleiter, die Springer und weitere Beschäftigte per Teilbetriebsübergang zwangsweise überführt; wenig später kam die übrige Altgesellschaft mit Betriebsrat durch klassischen Betriebsübergang nach. Die Zustellkoordination diente vorrangig dazu, Zusteller/innen von dort in die drei Billigtöchter zu drängen. Die Folge: Die Belegschaft schrumpfte immer mehr und der widerständige Betriebsrat stand bald auf verlorenem Posten.

Formal alles legal, dennoch ein Drama: Über Jahre protestierten Betriebsrat und Beschäftigte mit Klagen und öffentlichen Aktionen gegen Lohndumping und Zerschlagung des Betriebs. Zuletzt setzte der Betriebsrat im Herbst 2017 einen Sozialplan für alle Altbeschäftigten durch – mit guten Konditionen für die Bleibewilligen und Abfindungen für alle, die gehen wollten.

»Der Abgang unseres ver.di-Betriebsrates und der vieler altgedienter Kolleginnen und Kollegen ist die Geschäftsführung am Ende ziemlich teuer gekommen«, sagt Dirk Toepper von ver.di Bielefeld. Doch muss die Gewerkschaft in den neuen Medien-Service-Gesellschaften erst wieder Tritt fassen. Die ver.di-Betriebszeitung *Nachtfalter* wird weiter berichten. **neh**

MEIN STANDPUNKT

Was hältst du von der großen Koalition?

Nicht viel. Nach den letzten vier Jahren war deutlich spürbar, dass die Menschen eine Veränderung wollten. Die letzte Regierung hat es ja auch nicht geschafft, die zentralen innenpolitischen Themen wie soziale Gerechtigkeit, Bildung, Klimaschutz und Mobilität anzugehen. Es war höchste Zeit für eine Erneuerung. Warum schaffen es Politiker und Politikerinnen nicht, etwas Neues zu probieren? Eine Minderheitsregierung wäre einen Versuch wert gewesen. Jetzt stehen wir wieder vor gut klingenden, aber plakativen Aussagen. Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit muss keiner feiern; das hätte schon in der letzten Legislaturperiode durchgesetzt werden müssen. Auch bei den befristeten Arbeitsverträgen sehe ich keine wesentliche Verbesserung zu den bisherigen Bedingungen. Der Mindestlohn müsste deutlich erhöht werden, sodass Menschen im Alter mehr als nur Grundsicherung haben. Stattdessen wird er weiterhin zu den niedrigsten in Europa gehören. Einige Maßnahmen im Koalitionsvertrag hören sich gut an; dahinter lauern aber Gefahren wie die Aushöhlung von Einigungsstellenverfahren, eine Aufweichung des Kündigungsschutzes und des Arbeitszeitgesetzes. Auch auf eine dringend notwendige Bürgerversicherung werden wir weiter warten müssen. Es gäbe viele große Aufgaben für die große Koalition, die sie nicht lösen wird.

Foto: privat

Ulrike Weinmeister Betriebsratsvorsitzende, Verlag Dierichs, Kassel

BETRIEBSRATS-WAHLEN 2018

Erste Bilanz

Alle vier Jahre werden Betriebsräte gewählt – Zeit ist noch bis zum 31. Mai. In einigen Betrieben haben die Belegschaften ihre Stimme schon abgegeben. DRUCK+PAPIER fragt die Betriebsräte aus der vor einem Jahr begonnenen Serie: Habt ihr erreicht, was ihr euch vorgenommen habt?

Sie sind die Ausnahmen – Betriebsräte gibt es nicht einmal in jedem zehnten privatwirtschaftlichen Betrieb. Neugründungen hintertreiben auch Unternehmer. Nach einer Erhebung der Hans-Böckler-Stiftung verhindern Arbeitgeber jede sechste Betriebsratsgründung. Sie schüchtern Kandidat/innen ein, drohen mit Kündigung oder verhindern den Wahlvorstand. Besonders heftig sei der Gegenwind in inhabergeführten Unternehmen.

Damit hatten die von DRUCK+PAPIER befragten Betriebsratsgremien nicht zu kämpfen. Dort sind nicht plötzlich gegnerische Listen aufgetaucht und kein Unternehmer hat versucht, sich einzumischen. Überraschungen gab es dennoch. Torsten Friedrich, der bisherige Betriebsratsvorsitzende des Süddeutschen Verlags Zeitungsdruck, ist nicht mehr in den Betriebsrat gewählt worden. Neuer Vorsitzender ist Alexander Röck, gelernter Buchdrucker, seit zwölf Jahren im Betriebsrat und seit zwei Jahren ausschließlich für Betriebsratsarbeit zuständig.

Einen Wechsel gab es auch bei der *Heilbronner Stimme*: Zur Betriebsratsvorsitzenden ist mit den meisten Stimmen die bisherige Stellvertreterin Elke Lang gewählt worden.

Die Wahlbeteiligung schwankte nicht nur von Betrieb zu Betrieb, sondern im Vergleich zur Wahl im Jahr 2014 auch innerhalb eines Unternehmens. Beim Zeitungsdruck des Süddeutschen Verlags sackte sie von 84 auf 75 Prozent ab; fast 10 Prozentpunkte niedriger war sie auch bei Ebner & Spiegel in Ulm. »Enttäuschend«, lautete der knappe Kommentar von Betriebsratsvorsitzendem Erich Ruf. Er vermutet den hohen Krankenstand und die schwache Beteiligung bei den Briefwähler/innen als Grund, warum nur zwei Drittel der Belegschaft ihre Stimme abgaben.

Foto: Petra Dindas

Carla Glashagen
Betriebsratsvorsitzende,
Sig Combibloc, Linnich

Foto: privat

Erich Ruf
Betriebsratsvorsitzender
CPI Ebner & Spiegel, Ulm

Foto: James Syrett

Rainer Lange
Betriebsratsvorsitzender,
Tapetenfabrik Rasch, Bramsche

Foto: privat

Dietmar Schreck
Betriebsratsvorsitzender, *Main-Echo*, Aschaffenburg

Foto: privat

Bernd Johannsen
Betriebsratsvorsitzender, CPI
Clausen & Bosse, Leck

Foto: privat

Burkhard Winterhoff
Betriebsratsvorsitzender, MM
Graphia Bielefeld

Foto: privat

Elke Lang
Betriebsratsvorsitzende,
Heilbronner Stimme

Foto: privat

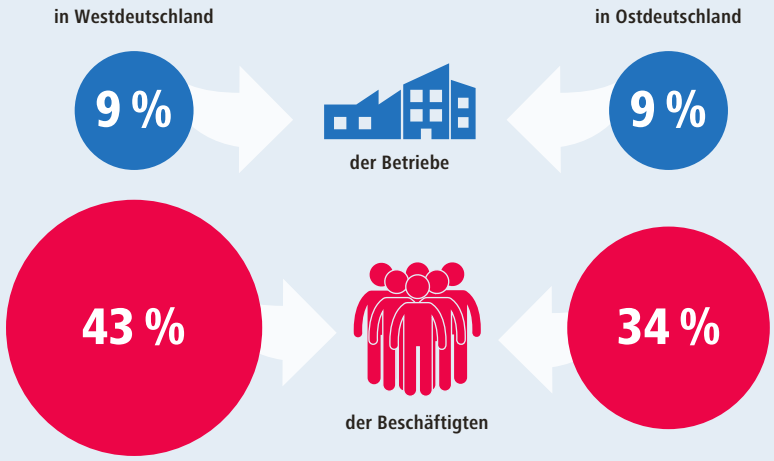
Werner Kulack
Betriebsratsvorsitzender, DS
Smith Packaging Werk, Minden

Woanders stieg die Wahlbeteiligung – um zehn Prozentpunkte bei Clausen & Bosse in Leck und bei der *Heilbronner Stimme*. Fast 80 Prozent der Belegschaft gingen in der Tapetenfabrik in Bramsche zur Wahl. Dort gab es erstmals eine Listenwahl – Druckerei und Verlag hatten eine eigene Liste eingereicht –, indirekt ein Grund für die hohe Wahlbeteiligung, vermutet Betriebsratsvorsitzender Rainer Lange. »Denn wir sind gezielt in den Betrieb gegangen, um das Wahlverfahren zu erklären, und konnten einige Nichtwähler zur Wahl bewegen.« Sieben Listen sind bei Sig Combibloc in Linnich angetreten.

Verdianer sind in den befragten Gremien meist klar in der Mehrheit, wenn nicht sogar alle Betriebsratsmitglieder in der Gewerkschaft organisiert sind, wie bei Clausen & Bosse in Leck. Die beiden für die Betriebsratsarbeit Freigestellten erzielten das beste Stimmenergebnis; bis auf die Verwaltung sind alle Berufsgruppen in dem Elfer-Gremium vertreten, darunter vier Frauen. Endlich hat auch DS Smith Packaging in Minden eine Frau im Gremium. Sie hat es auf Anhieb in den Betriebsrat geschafft, genauso wie die beiden jungen Kandidat/innen bei Ebner & Spiegel in Ulm und beim *Main-Echo* in Aschaffenburg.

mib

Einen Betriebsrat haben …



Quelle: IAB-Betriebspanel 2016

Private Betriebe ab 5 Beschäftigten

commons-wikimedia

LESEGESCHICHTE

Erfinder der beweglichen Lettern

Vor 550 Jahren starb Gutenberg: Sein Buchdruck hat die Welt verändert

KATHRIN HEDTKE

© Gutenberg-Museum Mainz

Oben: Die Nachwelt hat sich ihr Bildnis von Gutenberg selbst gemacht.

Unten: Eine Revolution hatte er nicht im Sinn; Gutenberg wollte vielmehr die perfekte Bibel herstellen. 290 verschiedene Figuren hat er dafür gegossen, 20 Menschen schafften daran. Heute gibt es noch 49 Exemplare der 42-zeiligen Bibel, zwei davon im Gutenberg-Museum in Mainz.

In Zeiten von Facebook und Instagram schwer vorstellbar: Aber von Johannes Gutenberg gibt es kein Originalbild und über sein Privatleben ist kaum etwas bekannt. Denkmäler zeigen ihn als ernsten Mann mit Pelzhut und langem Bart. Reine Fiktion. Doch fest steht: Johannes Gensfleisch, wie er wirklich hieß – geboren um 1400, wahrscheinlich in Mainz –, hat die Welt verändert. In diesem Jahr steht ein Jubiläum an. Vor 550 Jahren ist der Geschäftsmann in Mainz gestorben. Ob tatsächlich – wie gemeinhin angegeben – am 3. Februar 1468 oder ein paar Tage früher oder später, ist unwichtig.

Seine Erfindung war revolutionär: Der Buchdruck mit beweglichen Lettern hat ein neues Medienzeitalter eingeleitet. Wissen konnte dadurch massenhaft verbreitet, Zeitungen und Bücher in Serienproduktion hergestellt werden. Vorher malten Schreibkundige die Texte per Hand mühsam Wort für Wort ab. Es gab zwar schon den Holzdruck. Doch auch dieses Verfahren war aufwendig. Vorlagen mussten in eine Holzplatte geritzt, die Zwischenräume herausgeschnitten werden. Jede Seite benötigte eine eigene Druckvorlage. Die Folge: Nur reiche Menschen konnten sich Bücher leisten.

Das änderte sich mit Gutenberg. Seine Idee war es, einen Text in lauter Einzelteile zu zerlegen – kleine und große Buchstaben, Satzzeichen und Abkürzungen. Diese Einzelteile wurden – seitenverkehrt – als Lettern

INTERVIEW

Fürs Image

DRUCK+PAPIER: *Zum Gedenkjahr organisiert der Fachausschuss für die Druckindustrie Rhein-Neckar eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel »Gutenberg 4.0 – Medien 550 Jahre nach Gutenberg«. Welche Botschaft steckt dahinter?*

Hans Dölzer: Wir wollen auf die Vielfalt und Aktualität der Medienberufe hinweisen. Viele Menschen haben ein falsches Bild von der Branche. Am Drucker klebt keine Druckerschwärze mehr, sondern er arbeitet am Bildschirm. Wir wollen zeigen, dass Medienberufe nicht veraltet sind, sondern sich durch die technische Entwicklung stark verändern – und neue Qualifikationen erfordern.

Was erhoffst du dir davon?

Wir wollen das 550. Todesjahr von Gutenberg nutzen, um für Medienberufe zu werben. Die Branche befindet sich im Wandel – und muss sich anpassen. So sind zum Beispiel vor allem Druckereien erfolgreich, die nicht nur Printerzeugnisse anbieten, sondern für ihre Kunden auch den Webauftritt und Newsletter erstellen.

Im Gutenberg-Gedenkjahr stehen über 30 Veranstaltungen auf eurem Programm. Auf wen zielt das Angebot?

In erster Linie wollen wir junge Leute erreichen, die überlegen, welchen Beruf sie lernen wollen. Aber auch deren Eltern und das Umfeld. Um ehrlich zu sein, hatten wir nicht mit einer so großen Resonanz gerechnet.

Foto: privat

Hans Dölzer
Buchbinder, Grafiker und Schriftsteller, ist Vorsitzender des Fachausschusses für die Druckindustrie Rhein-Neckar

Die Veranstalter haben uns fast die Türen eingerannt. Vom großen Druckmaschinenhersteller bis zur kleinen Buchbinderei wollen alle etwas beisteuern. Offenbar gibt es ein großes Bedürfnis, ein anderes Bild der Branche zu vermitteln.

Foto: Uwe Fischer

gegossen und zu Wörtern, Zeilen und Seiten zusammengefügt. Dann konnte gedruckt werden. Und danach wurde der Satz wieder auseinandergenommen und alle Einzelteile zurück in den Setzkasten gelegt. Bis zur nächsten Seite. So konnten mit einer Vorlage in kurzer Zeit hohe Auflagen hergestellt werden. Jetzt waren Schriften und Bücher sehr viel mehr Menschen zugänglich, auch wenn um diese Zeit gerade mal 10 bis 30 Prozent der Geistlichen, Adeligen, Kaufleute, Handwerker und Bauern lesen und schreiben konnten.

Gutenberg löste eine Medienrevolution aus. Dabei strebte er gar keinen radikalen Umbruch an. Sein Meisterwerk war eine Bibel, die wie perfekt handgeschrieben aussehen sollte. Und die Kirche freute sich über die Erfindung, weil sie durch die serienmäßige Produktion von Ablassbriefen den Menschen viel Geld aus der Tasche ziehen konnte.

Das Zeitalter der Aufklärung wäre ohne Gutenberg undenkbar. Das US-Magazin *Time Life* kürte das moderne Druckverfahren 1997 zur bedeutendsten Erfindung des vergangenen Jahrtausends. Doch im Zeitalter der digitalen Medien kommt auch immer wieder die Frage auf: Wie aktuell ist Print noch? Wird der Buchdruck von einer neuen Medienrevolution verdrängt? Im Jubiläumsjahr widmen sich viele Ausstellungen, Veranstaltungen und Beiträge diesen und anderen Fragen rund um den Buchdruck.

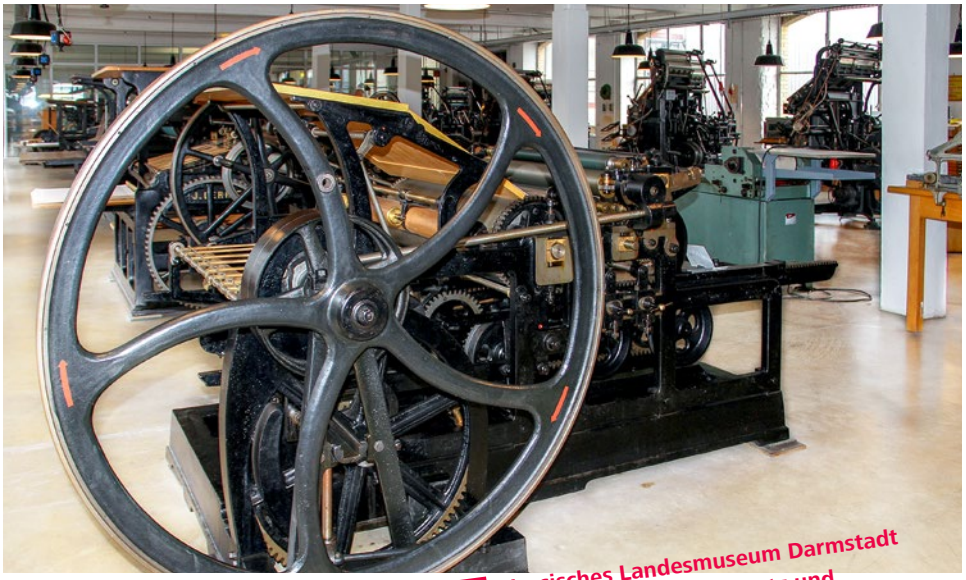


Foto: Uwe Fischer

Eine Stoppzylinderschnellpresse von Marinoni, Paris, etwa 1875 gebaut

Hessisches Landesmuseum Darmstadt Abteilung Schriftguss, Satz und Druckverfahren • Kirschenallee 88 • Darmstadt www.bit.ly/MUS-Guss

VERANSTALTUNGEN

Jubiläumsprogramm in Mainz

Das Jubiläumsprogramm in Mainz umfasst drei Hefte. Keine Frage: Die Stadt ist stolz auf ihren berühmtesten Sohn. »Und so werden wir nicht müde, an ihn zu erinnern«, schreibt Oberbürgermeister Michael Ebling im Vorwort. Das Jubiläum zum 550. Todestag will die Stadt nutzen, »um diesem genialen Erfinder zu gedenken, sein wertvolles Erbe zu würdigen und auch einen Blick darauf zu werfen, wie dieses sich heute und in Zukunft darstellt.«

23. Juni: Johannisnacht in Mainz mit Gautschen auf dem Liebfrauenplatz
Bei der Zeremonie werden seit dem 16. Jahrhundert Gesellen in ein großes, mit Wasser gefülltes Holzfass eingetaucht. Diese Tradition wird in historischen Kostümen fortgeführt; bei den Täuflingen handelt es sich heute hauptsächlich um frisch ausgebildete Mediengestalterinnen und Mediengestalter.
www.gutenberg.de

Im Gutenberg-Museum in Mainz

Ab 20. September: Sonderausstellung »Ohne Zweifel Gutenberg?«
Die Ausstellung stellt die Erfindung entsprechenden Entwicklungen in Asien gegenüber, wo bereits seit dem 11. Jahrhundert mit beweglichen Lettern gearbeitet wurde – jedoch mit anderer Verfahrensweise und anderen Zielen.
www.gutenberg-museum.de

Im Rhein-Neckar-Raum

8. Juni: »Wir rocken den Johannes«: Kabarett- und Musikabend im baden-württembergischen Weinheim
Auf der Bühne gibt es Kabarett, Jazz, Soul, Blues und Klassik sowie Lesungen. Veranstalter ist der ver.di-Fachbereich Medien. Eintritt: 15 Euro.

14. Juli: »Gautschfest der Jünger Gutenbergs«: Rund 50 frisch ausgelernte Azubis – Mediengestalterinnen und Drucker – erhalten am Technoseum in Mannheim ihre Wassertaufe. Gefeiert wird mit Liveband, Essen und Trinken. Der Eintritt ist frei.
www.gutenberg2018.de

MELDUNGEN

Foto: ver.di

Streik für mehr Geld und Wertschätzung

Verleger weigern sich

Auch die vierte Verhandlungsrunde für die rund 13.000 Journalist/innen an Tageszeitungen ist ohne Ergebnis geblieben. »Mit diesen Verlegern ist heute kein Abschluss zu erreichen, der zu einer echten Reallohnerhöhung führt. Das können wir nicht akzeptieren. Es geht in diesen Verhandlungen um spürbar mehr Geld und eine überproportionale Erhöhung«, erklärte der Verhandlungsführer von ver.di, Matthias von Fintel. Die Verhandlungen waren von Warnstreiks begleitet worden. Bundesweit legten über 1.000 Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten die Arbeit nieder. Sie fordern 4,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 200 Euro.

Gesucht: die besten Azubis

Du kannst in deinem Fach ganz viel und hast Lust, dich mit anderen Auszubildenden zu messen? Dann bist du bei den WorldSkills Germany, der Meisterschaft der besten Mediengestalter/innen und Medientechnolog/innen, richtig. Sie finden vom 22. bis 25. Oktober 2018 in Wiesloch bei Heidelberger Druckmaschinen statt. Die angehenden Drucker/innen produzieren einen vierfarbigen Druckauftrag. Ein weiteres Thema ist das Mischen und Rezeptieren von Farbe. Anmeldeschluss ist der 31. August 2018. Teilnahmeberechtigt sind alle, die in diesem Jahr nicht älter als 21 Jahre sind und über sehr gute praktische Fertigkeiten und gute Fachkenntnisse verfügen. Die Sieger und Siegerinnen vertreten Deutschland bei den WorldSkills Weltmeisterschaften 2019 im russischen Kasan. Weitere Infos zu Wettbewerb, Teilnahmebedingungen und Anmeldung gibt es unter www.zfamedien.de/worldskills/.

AUS DEN BETRIEBEN

Mehr Gerechtigkeit

Betriebsrat bei Smurfit Kappa Service in Rheinland-Pfalz gegründet

Erstmals gibt es bei Smurfit Kappa Service in Germersheim einen Betriebsrat. Wird die neu gewählte Betriebsratsvorsitzende Antje Haubrich gefragt, welche Gründe ausschlaggebend für die Gründung waren, weiß sie erst einmal nicht, womit sie beginnen soll. Damit, dass 42 Stunden pro Woche gearbeitet werden müssen, es nur 25 Tage Urlaub und nur 500 Euro Weihnachtsgeld gibt. Nur wenig Lohn und auch der sei nicht gerecht. Langjährig Beschäftigte bekämen elf Euro, andere zehn, obwohl sie ähnliche Arbeit verrichten. Oder dass der Pausenraum zu klein sei: ein Tisch und vier Stühle – für 22 Beschäftigte und 14 Leiharbeitskräfte. »Wir möchten, dass unsere Arbeit wertgeschätzt wird«, sagt die Betriebsratsvorsitzende. Mehr Lohn, mehr Gerechtigkeit, mehr Mitsprache will die Belegschaft, die fast komplett bei ver.di organisiert ist. Weil alle Gespräche mit dem Chef zu keinen besseren Arbeitsbedingungen geführt hätten, hatten sich ein paar Beschäftigte an ver.di gewandt. Langfristiges Ziel ist die Tarifbindung. Wie sie für die anderen Smurfit-Kappa-Werke auch üblich ist. In der rheinland-pfälzischen Stadt Germersheim werden Großverpackungen hergestellt, etwa für Autoteile. **mib**

Seit Monaten Konflikte

Schoder-Druck: Beschäftigte sollen noch mehr verzichten

Die Geschäftsführung von Schoder übt weiter Druck auf die Belegschaft aus. Inzwischen liegt bereits der vierte Zusatzvertrag vor, den die Beschäftigten unterschreiben sollen. Damit würden sie auf 75 Prozent ihrer tariflichen Jahresleistung und des Urlaubsgelds verzichten. »Immerhin wird jetzt eine Beschäftigungssicherung angeboten«, sagt ver.di-Sekretär Rudi Kleiber aus Augsburg. Allerdings lasse sich die Geschäftsleitung Schlupflöcher offen. Deshalb empfiehlt er, diesen Zusatzvertrag nicht zu unterschreiben.

Der Konflikt bei Schoder-Druck in Gersthofen im Landkreis Augsburg dauert bereits mehrere Monate. Die Belegschaft hatte mit dem Ziel gestreikt, dass die Druckerei in die Tarifbindung zurückkehrt, aus der sich die Firma 2003 gestohlen hatte. Stattdessen strich sie den bei ver.di organisierten Alt-Beschäftigten, für die der Tarifvertrag nachwirkt, die Hälfte der tariflichen Jahresleistung. Nach der Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht musste Schoder-Druck allerdings klein beigeben und hat die unrechtmäßig zurückgehaltene halbe Jahresleistung nachgezahlt. Weil die Beschäftigten bei Einzel- oder Zusatzverträgen stets dem Druck des Unternehmers ausgesetzt sind, fordert ver.di weiterhin einen Tarifvertrag für die Druckerei.

»Millionengeschenk«

Zeitungszustellern fehlen zehn Prozent Rentenbeiträge der Verleger

Die große Koalition hat dem Druck der Zeitungsverleger nachgegeben: SPD und CDU/CSU vereinbarten, dass die Verleger fünf Jahre lang für Zeitungszusteller/innen, die auf 450-Euro-Basis arbeiten, statt 15 nur 5 Prozent in deren Rentenkasse zahlen müssen (siehe DRUCK+PAPIER 1/2018). Wer die Differenz aufbringen muss, ist unklar. Die Senkung der Arbeitgeberbeiträge soll jedoch nicht zulasten der Zusteller/innen gehen, fordert Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender von ver.di. »Es darf weder zu Beitragserhöhungen noch zu Einbußen bei den Rentenbezügen für die Zeitungszusteller kommen.« Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) geht derweil davon aus, dass die Differenz von zehn Prozent vom Staat getragen wird. »Das wäre ein Millionengeschenk für Verleger«, so ver.di. Finanziert vom Steuerzahler.

Im Magazin *Panorama* wurde am 22. März darüber berichtet: www.bit.ly/Rente-ZZ

Mein Tag im Job

»Wer seinen Kaffee mit Filtertüten aufbrüht, hält sie täglich in Händen, die feste Naht, die immer noch mal umgeknickt wird, bevor das Kaffeepulver hineinkommt. Ich bin Zerspanungsmechaniker und schleife und repariere bei Melitta die Rotationswalzen, die diese Prägenaht in den Filtertüten herstellen. Morgens um halb acht, wenn ich in die Werkstatt komme, stelle ich als Erstes die Maschine an. Dann ziehe ich mich um. Wegen der Kühlung der Maschinen ist es mit 21 Grad etwas frisch; ich trage einen Pulli unter der roten Arbeitskleidung und Ohrschützer wegen der Lautstärke. Meine Werkstücke wiegen 80 Kilo und sind knapp 400 Millimeter lang; ein Kran setzt sie in die Maschine. Ich muss sie richtig programmieren, damit die computergesteuerten Schleifscheiben die Rotationswalze auf Bruchteile von Millimetern genau für unsere Anlagen zurechtschleifen. Ein Schleifprozess dauert anderthalb Stunden. Die Arbeit ist immer dieselbe.

Außerdem bin ich in der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Gleich im ersten Ausbildungsjahr wurde ich gefragt, ob ich kandidieren möchte. Viel darunter vorstellen konnte ich mir nicht, aber ich wollte es ausprobieren. Inzwischen bin ich Vorsitzender. Die JAV-Arbeit macht Spaß, weil ich eine Menge über das Unternehmen lerne und Auszubildende unterstützen kann. Bei uns in der Abteilung bin ich Ausbildungsbeauftragter, aber im Moment haben wir leider keine Azubis. Ursprünglich hatte ich die Fachrichtung Dreher gelernt, aber nach der Ausbildung war keine Stelle frei. Deshalb wurde ich an der Schleifmaschine eingearbeitet; das war Neuland und eine große Umstellung. Inzwischen bin ich im 3. Berufsjahr, alles läuft routiniert. Um 16 Uhr mache ich Feierabend. Nur wenn ich mal einen Fehler ausbügeln muss, beschäftigt mich das noch in der Freizeit, aber das ist selten. Eventuell könnte es in Zukunft mal langweilig werden. Deshalb überlege ich, den Ausbilderschein zu machen und im Betriebsrat mitzuarbeiten.«

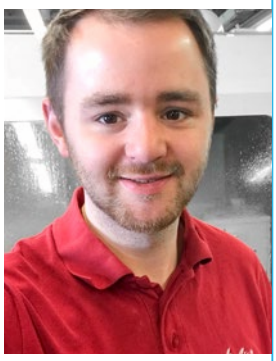


Foto: privat

André Römbke
22, arbeitet als Zerspanungsmechaniker bei Melitta in Minden

Protokoll: Susanne Schmidt-Lüer

LESER-MAIL

Peinlich und völlig gaga

Zu »Unterwegs zum letzten Schriftgießer«, DRUCK+PAPIER 1/2018

»Im Text steht ›… aus Deutschland Helvetica-Garamond und Palatino‹. Wenn dort stünde ›Helvetica, Garamond und Palatino‹, wäre alles in Ordnung. Aber das fehlende Komma und das Divis machen den Unterschied, denn eine Schrift ›Helvetica-Garamond‹ hat es nie gegeben und wäre auch völlig gaga, denn wie sollte die denn wohl aussehen? Die Helvetica ist eine Grotesk- und die Garamond eine Antiqua-Schrift – zwei unterschiedliche Schriften, die optisch nichts gemeinsam haben. Ich gehe davon aus, dass es sich um einen Tippfehler handelt, denn anderenfalls wäre das nur noch peinlich.«
Michael M., Schriftsetzer aus Pinneberg

Sehr ansprechend

Zu DRUCK+PAPIER 1/2018

»Herzlichen Glückwunsch zur neuen Ausgabe unserer DRUCK+PAPIER, die mir sehr gut gefallen hat. Die Schwerpunkte ›Minijob, Minilohn, Minirente‹ habt ihr gut beleuchtet. Das Interview mit unseren ›altgedienten‹ Betriebsratsvorsitzenden fand ich, angesichts ihrer gewerkschaftlichen Lebensleistung, sehr ansprechend.« *Dietmar H., Schriftsetzer mit Gautschbrief, Ex-Betriebsrat, Zeitungszusteller NW Logistik*

IN EIGENER SACHE

Unser Fehler

Unserem Bericht über den Verkauf der *Frankfurter Rundschau,* der *Frankfurter Neuen Presse* und der Societäts-Druckerei in der DRUCK+PAPIER 1/2018 haben wir eine Landkarte von Hessen beigefügt. Darauf wurde deutlich, dass die Medienlandschaft quasi von zwei Verlagen beherrscht wird: VRM und Ippen-Gruppe. Doch es ist noch dramatischer als dargestellt: Denn Zeitungen der MDV Mediengruppe Rempel, etwa *Gießener Allgemeine Zeitung* und *Wetterauer Zeitung,* gehören seit 2016 zur ZHH Zeitungsholding Hessen. Und deren Haupteigentümer ist die Ippen-Gruppe. Die korrigierte Landkarte ist im Netz unter **http://verdi-drupa.de/2018/03/07/societaets-druckerei-verkauft/** zu finden.

SEMINAR

Für neue Betriebsratsmitglieder

Frisch gewählt, aber das Wissen fehlt? Das gibt es beim Orientierungsseminar für neue Betriebsratsmitglieder – speziell für Druckindustrie, Verlage und Papierverarbeitung. In den drei Tagen geht es nicht nur um rechtliche Grundlagen, sondern auch um die Rolle von Betriebsräten und unterschiedliche Interessen im Betrieb, Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft, wie Betriebsräte Position beziehen, Konflikte austragen und vieles mehr.

Zwei Termine stehen zur Auswahl:

4.–6. Juni 2018 in Bielefeld-Sennestadt (Das Bunte Haus)
18.–20. Juni 2018 in Gladenbach
Seminargebühr: 560 Euro (Freistellung nach § 37.6 BetrVG, Schwerbehindertenvertretung)
Anmeldungen an ver.di Bildung und Beratung,
Köpenicker Straße 31, 10179 Berlin, Fax: 030.2639 989-25

Mehr dazu unter https://verlage-druck-papier.verdi.de/service/seminare
Dort geht es zu weiteren Seminaren.

IMPRESSUM **DRUCK+PAPIER – die ver.di-Branchenzeitung –** erscheint gedruckt für die Mitglieder der Druckindustrie und Zeitungsverlage sowie Papier- und Kunststoffverarbeitung als Beilage zur ver.di-Mitgliederzeitung publik. 156. Jahrgang. **Herausgeber:** Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand/Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Frank Bsirske und Frank Werneke. **Redaktion:** Michaela Böhm, Andreas Fröhlich (verantwortlich), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon: 030.6956-2318, Telefax: 030.6956-3654, drupa@verdi.de. **Gestaltung:** werkzwei Detmold. **Druck:** apm AG, Darmstadt.

Foto: Christian von Polentz/transitfoto

Unterwegs zur Ausbilderin

Bei Joana Schilling im Büro des *Tagesspiegels*

HELMA NEHRLICH

Heute steht ein Treffen mit Sarah im Terminkalender. Wir dürfen dabei sein am Askanischen Platz im Berliner Zentrum, wo *Der Tagesspiegel* seinen Sitz hat. Fast jede Woche hat die Ausbildungsbeauftragte Joana Schilling hier ein Gespräch mit der 17-Jährigen. Sarah will Mediengestalterin werden und macht gerade ein Berufsgrundbildungsjahr im Oberstufenzentrum Ernst Litfaß in Berlin-Wittenau.

250 Bewerbungen

Joana Schilling wartet am Empfang, grüßt freundlich und übernimmt die Führung. Seit 15 Jahren arbeitet sie im Verlag, hat selbst nach dem Abitur hier Mediengestalterin gelernt und in der Bildbearbeitung angefangen. Sie hat parallel zum Beruf das Abendstudium zur Medienfachwirtin geschafft und die Eignungsprüfung zur Ausbilderin. Vor sieben Jahren wurde sie dann tatsächlich Ausbilderin. Inzwischen engagiert sie sich auch als ehrenamtliche Prüferin bei der IHK und im Zentral-Fachausschuss Druck und Medien (ZFA).

»Der Umgang mit den jungen Leuten macht mir einfach Spaß«, sagt Joana Schilling, auch wenn nicht alle Mediengestalter-Azubis bis zum Abschluss durchgehalten haben. Geeigneten Nachwuchs zu finden, sei weniger eine Frage von Masse. Auf die zwei Ausbildungsplätze alle zwei Jahre kämen im Schnitt 250 Bewerbungen. Zehn Schulabgänger/innen würden eingeladen, oft Abiturienten mit gutem Zeugnis, die schon eigene Arbeiten mitbringen.

Praktikum als Einstieg

Mit Sarah Achilles ist alles anders. Sie suchte Anfang 2017 nur einen Platz für ihr Schülerpraktikum. Schule war damals nicht ihr Ding, ihre Noten waren mies – das gibt sie selbst zu. Ihr Cousin, Fachinformatiker-Azubi beim *Tagesspiegel*, hat ihr den Tipp gegeben, es doch trotzdem beim Verlag zu versuchen. Die Schülerin landete in der Abteilung von Joana Schilling. »Ich konnte in kurzer Zeit ganz viele Seiten des Berufs kennenlernen. Und hätte nie gedacht, dass mich alles so begeistert«, erzählt Sarah. Einen Kalender habe sie damals gestaltet, Visitenkarten entworfen und an echten Traueranzeigen für die Zeitung mitgearbeitet. Plötzlich, sagt sie, wusste sie, was sie werden wollte. Und weil sie ein Ziel vor Augen hatte, hat sie sich ins Zeug gelegt und den Mittleren Schulabschluss »noch ziemlich verbessert«. Im vergangenen Sommer meldete sie sich erneut zum Praktikum.

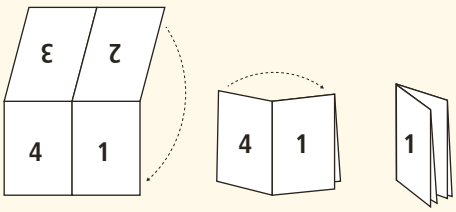
Ausbildung gesichert

»Wer so engagiert, motiviert, höflich und lernbereit ist, sollte eine Chance bekommen«, sagt Joana Schilling. Sie ebnete Wege: Die führen über das Berufsgrundbildungsjahr. »Die Schule ist das Beste an allem.« Sarah erzählt von Englisch-Nachhilfe und was sie schon in Buchbinderei und Siebdruck gelernt hat. Bald könne sie wieder Arbeitsproben mitbringen. Das Tollste: Mit einer Mitschülerin hat sie ein neues Logo für die Berliner Lauterbachgrundschule entworfen, vom Konzept bis zur Ausführung. Morgen soll es dort präsentiert werden ...

Joana Schilling kennt den Entwurf, sie ist zuversichtlich. Auch, was die Übernahme in die Ausbildung betrifft. Mit dem Zeugnis im Sommer werde sich zeigen, ob Sarah schon ins zweite Ausbildungsjahr übergehen kann oder vorn beginne, erklärt die Teamleiterin. Und mit der zweiten Auszubildenden, einer Abiturientin, die aus dem üblichen Bewerberranking hervorging, werde sich Sarah als Jüngere gewiss gut ergänzen.

PREISRÄTSEL: AUFLÖSUNG UND GEWINNER/INNEN

Weder Zickzack noch Altar



Fertig gedruckt? Jetzt kommt die Weiterverarbeitung. Und dazu gehört das Falzen. So heißt es, wenn eine Maschine oder ein Werkzeug einen scharfen Knick in Papier, Pappe oder Karton macht. Ansonsten spricht man profan vom Falten. Der Falz kommt gleich in mehreren Varianten daher: als Wickel, Zickzack oder Altar, der so heißt, weil seine Falzerei an dreiteilige Flügelaltäre in Kirchen erinnert. War aber alles nicht gefragt. Das richtige Lösungswort lautet – tara! – Kreuzbruchfalz. Hat jetzt aber nicht unbedingt was mit Kirche zu tun. Man nimmt einen Papierbogen und macht einen scharfen Knick zuerst in Längs- und dann in Querrichtung. Öffnet man den Bogen, ist ein Kreuz sichtbar – daher der Name.

L		F		M	E	N	S	A		S		F
E	C	L	A	I	R		A	K	T	E	U	R
M		I		K	R	E	U	Z		H		I
M	A	R	T	A		L		E	R	N	T	E
A	L	T		D	A	L	E	N		E	O	S
	K		M	O	K	E	T	T	E		S	
S	O	L	O		T		M		H	E	E	R
	H		B	E	I	L	A	G	E		L	
L	O	K		F	E	I	L	E		U	L	K
E	L	O	G	E		C		R	A	M	I	E
I		B	R	U	C	H	F	A	L	Z		G
H	E	R	A		E	T	E		T	U	B	E
E		A	D	E	R		S	I	E	G		L

Ein Kreuzbruchfalz wird für Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Karten, Poster, Flyer und vieles mehr verwendet.

mib

Die **Gewinner/innen** des Kreuzworträtsels in DRUCK+PAPIER 1.2018 sind:

1. Preis: Tobias S., 74078 Heilbronn (Armbanduhr Lolliclock und Multi-Kugelschreiber)
2. Preis: Anja K., 68159 Mannheim (ver.di-Obst-Gourmet-Set)
3. Preis: Peter K., 08062 Zwickau (Plakat mit Plan eines Setzkastens – Edition Klaus Raasch)
4. Preis: Jan B., 98527 Suhl (ver.di-Lunchbox aus Keramik)
5. Preis: Rainer T., 28844 Weyhe (Buch: »Vordenker und Strategen«. Die Gewerkschaftspresse im grafischen Gewerbe)
6. Preis: Anne L., 38112 Braunschweig (ver.di-Hüfttasche mit Trinkflasche)
7.–8. Preis: Ilka W., 52372 Kreuzau; Marlies H., 15236 Frankfurt (Oder) (ver.di-Sammeltasse)
9. Preis: Heiko S., 65594 Runkel (ver.di-Kaffee aus fairem Handel, 250 g)